



Pressespiegel zur Asylpolitik vom 15. November 2016

Erstellt von Mark Gärtner
gaertner@sprev.de

Geschehenes – Kurzmeldungen:

Blick nach Europa und die Welt

- Am Sonntag werden 1.400 Menschen aus dem Mittelmeer gerettet. Am Montag folgten 550, fünf Menschen wurden tot geboren. In diesem November sind trotz der Kälte bereits 5.400 Menschen über das Mittelmeer geflohen, im November 2015 waren es 3.200.
http://www.deutschlandfunk.de/italien-1-400-fluechtlinge-im-mittelmeer-gerettet.447.de.html?drn:news_id=677212 (13.11.16)
<http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2016-11/fluechtlinge-italien-mittelmeer-libyen-kuestenwache-gerettet> (15.11.16)
- Die UN warnen vor einer Hungerkatastrophe in Ost-Aleppo, derzeit werden die letzten Lebensmittelrationen ausgeteilt. Die UN haben einen Plan vorgelegt, der die Zufuhr von Lebensmitteln und Medikamenten, den Zutritt von Gesundheitspersonal sowie die Evakuierung von 300 Patient*innen vorsieht. Alle Kriegsparteien müssten dem zustimmen bevor die UN handeln könnten.
<https://www.tagesschau.de/ausland/aleppo-hunger-101.html> (10.11.16)
- Die USA wollen die Fliehenden in den Lagern auf den Inseln Manus und Nauru aufnehmen. Australien ist für die etwa 1.500 Menschen verantwortlich und hat ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten unterzeichnet. Neu Ankommende aber sind nicht Teil des Abkommens. Generell besteht Unklarheit darüber, wieviele Menschen tatsächlich aufgenommen werden. Wie der designierte US-Präsident Donald Trump zu dem Abkommen steht, ist fraglich.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/australien-fluechtlinge-auf-manus-und-nauru-koennen-in-usa-uebersiedeln-a-1121106.html> (14.11.16)
- In der *Welt* weist der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Michael Roth, Menschen aus der Türkei auf das deutsche Asylrecht hin. Zugleich ist die Anerkennungsquote für türkische Staatsbürger*innen durch das BAMF mit 6,8% bis September 2016 noch niedriger als im Vorjahr, damals betrug sie 14,6%. Werden nur Menschen mit der Volkszugehörigkeit kurdisch betrachtet, sinkt die Anerkennungsquote auf 5,7% bis Ende September diesen Jahres.
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article159327993/Bundesregierung-bietet-verfolgten-Tuerken-Asyl-an.html> (08.11.16)
<https://www.welt.de/politik/deutschland/article159431304/Fast-alle-tuerkischen-Asylbewerber-werden-abgelehnt.html> (12.11.16)

- Offiziell hält die EU an den EU-Beitrittsgesprächen mit der Türkei fest. Hinter den Kulissen hat die Kommission aber Gelder, die eigentlich für Forschungsförderung, Aufbau der Justiz und wissenschaftliche Kooperation vorgesehen waren, umgewidmet. Teils lassen sie sich ganz praktisch nicht mehr investieren. Zum Beispiel wurden 23 Hochschulen, fünf Schulen und zwei Jugendorganisationen, bisher alle Teil des Erasmus-Programms, von der türkischen Regierung geschlossen. Konkret handelt es sich um 1,2 Milliarden Euro die jetzt in die Unterbringung und Verpflegung von sich in der Türkei befindlichen Geflüchteten fließen.
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-kommission-widmet-beitritts-hilfen-fuer-die-tuerkei-um-a-1120871.html> (12.11.16)

Bund, Land, Kommune

- Das BKA veröffentlicht ein aktuelles Lagebild zu Straftaten gegen Geflüchtete, ihre Unterkünfte sowie gegen Politiker*innen und Unterstützer*innen. Die Beamt*innen rechnen damit, dass die Zahl rechtsradikal motivierter Straftaten auf Geflüchtetenunterkünften 2016 nicht wesentlich geringer ausfallen werde als 2015 obwohl die Zahl der Brandanschläge von 19 im Januar auf zwei im September gesunken sei. Den Täter*innen sei inzwischen egal ob die Unterkünfte bewohnt seien oder nicht, das BKA geht davon aus, dass es zu willentlich in Kauf genommenen Morden kommen könne, es sei nahezu ein Wunder, dass ein solcher bisher noch nicht geschehen sei. Rechtsradikale verübten in diesem Jahr bereits 212 Straftaten gegen Politiker*innen, 127 richteten sich gegen Unterstützer*innen oder Organisationen. Die Zahl der versuchten Tötungen liegt 2016 schon bei sechs, die Zahl der Körperverletzungen bei 61. Im Jahr 2015 lagen die Zahlen entsprechend bei vier für versuchte Tötungen und bei 60 für Körperverletzungen. Bundesweit agieren sollten die rechtsradikalen Terrorist*innen noch nicht, so das BKA, doch gäbe es Tendenzen hin zu sich bildenden terroristischen Gruppierungen auf regionaler Ebene
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-11/bka-statistik-rechte-gewalt-politiker> (13.11.16)
- Die SPD legte vergangene Woche Pläne für ein Einwanderungsgesetz vor, dies soll nach der Bundestagswahl verabschiedet werden. Die SPD unterscheidet hier zwischen Migration aus wirtschaftlichen und Flucht aus politischen Gründen. Mittels eines Punktesystems nach kanadischem Vorbild sollen Migrant*innen ob ihres Wissens, ihrer Fähigkeiten und Leistungen sowie möglicher Jobangebote bewertet werden. Die CDU kritisiert das Gesetz inhaltlich, die CSU will Einwanderung begrenzen.
http://www.deutschlandfunk.de/punktesystem-wie-in-kanada-spd-stellt-einwanderungsgesetz.1783.de.html?dram:article_id=370719 (07.11.16)
- In Chemnitz wurde vergangene Woche ein Anschlag auf das Kulturprojekt „Lokomov“ verübt, verletzt wurde niemand. Lokomov beteiligt sich am Theaterprojekt „Unentdeckte Nachbarn“, dass die Terrorserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) aufarbeiten will. Im Hinblick darauf sowie auf das sich in Chemnitz formierende „Rechte Plenum“ ist von einer rechtsradikal motivierten Tat auszugehen. Das „Rechte Plenum“ beansprucht den Chemnitzer Sonnenberg. Die am Tatort eintreffende Polizei hatte zunächst nur auf Sachbeschädigung ermittelt, eine Spurensicherung erfolgte nicht. Als das Operative Abwehrzentrum die Ermittlungen übernahm, war der Tatort bereits gereinigt worden. Auch der NSU konnte sich auf solche Polizeibeamt*innen verlassen.
<http://www.mdr.de/sachsen/chemnitz/anschlag-auf-lokomov-100.html> (08.11.16)

Hintergrund und Meinung

- Für Claus Leggewie repräsentiert Donald Trump erstmals den Einzug des europäisch-autoritären Nationalismus' ins Weiße Haus, Trump stehe weder für den libertär-wirtschaftsfreundlichen noch den sozialen Konservatismus der USA. Die verbreitete Anti-Globalisierungs-Rhetorik wäre von vielen liberal Gesinnten nicht gesehen worden. Es sei nur fraglich, warum es sich um einen „verschobenen Klassenkampf“ handle - warum also nicht die Profitierenden des Kapitalismus' sondern die der Nation Fremden verantwortlich gemacht werden.
<http://www.taz.de/!5355720/> (10.11.16)
- In der *Zeit* appelliert Birte Förster an diejenigen, denen nichts an Ethnie oder Nation liegt, die im Grundgesetz verfassten Menschenrechte als ihre Referenzpunkte für eine solidarische Gesellschaft zu nutzen, schließlich beinhalte Artikel 1 GG auch das Bekenntnis zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten. Nicht wenige der dort definierten Grundsätze, neben dem Grundrecht auf Asyl zum Beispiel auch die Gleichstellung von Männern und Frauen, müssten immer wieder neu im Hinblick auf die aktuelle politische Situation verhandelt werden, genau dies sei Sinn und Zweck einer Verfassung.
<http://www.zeit.de/kultur/2016-11/menschenrechte-grundgesetz-populismus-nationalismus-auslaenderfeindlichkeit-verfassung-10nach8> (11.11.16)
- An der KZ-Gedenkstätte Neuengamme bei Hamburg startet ein Forschungsprojekt, welches sich mit der Kontinuität des Rassismus vom Kolonialismus zum Nationalsozialismus beschäftigen wird. Beispielsweise zeigen sich bei der Gewaltpraxis in den Kolonien und an der Ostfront deutliche Parallelen. Rassismus als viele betreffender Ausschlussmechanismus sei im Nachkriegsdeutschland mit Antisemitismus als einem dieser Rassismen gleichgesetzt worden, der Blick auf die koloniale Vergangenheit Deutschlands so verstellt und jene anderen Rassismen ignoriert worden. Dass aber auch die deutsche Gesellschaft nach wie vor von diesen durchzogen sei, zeige sich gerade heute.
http://www.deutschlandfunk.de/kolonialismus-und-nationalismus-die-wurzeln-rassistischen.1148.de.html?dram:article_id=371051 (10.11.16)
- "When you hear someone saying 'This could be a Trojan horse' or that all Muslims should be banned or that it's gross for Hillary Clinton to use a bathroom - what do you say to that hypothetical asshole person?"
Wie das das Resettlement-Programm der UN funktioniert (nämlich mit einigem an Sicherheitschecks) und warum der Vorwand, dass Terrorist*innen dies ausnutzen könnten, tatsächlich nur ein Vorwand ist, zeigt Samantha Bee in ihrer Nachrichtensatire '*Full Frontal*'.
<https://www.youtube.com/watch?v=na7pFnoLxjw> (14.11.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.
Dammweg 5
01097 Dresden
E-Mail: info@saechsischerfluechtlingsrat.de

Refugee Law Clinic Leipzig
Burgstraße 27
04109 Leipzig
Email: refugeelawclinic@uni-leipzig.de

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

PRO ASYL
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe